

2. Festsetzung Budget für das Rechnungsjahr 2025 und Kenntnisnahme Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2025–2028

Antrag des Regierungsrates vom 28. August 2024, Nachtrag vom 25. September 2024 und Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2024

Vorlage 5978b

Baudirektion

Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen

36a Minderheitsantrag Wilma Willi, Theres Agosti Monn, Jonas Erni, Andrew Katumba und Thomas Schweizer (KPB):

Verschlechterung: Fr. -1'400'000

Planung von Neubauten sowie von Provisorien der Kantonsschulen müssen weiterhin weiterverfolgt werden. Ebenfalls soll die Planung von Erweiterung von Berufsschulen sowie die Planung in Zusammenhang bei Fachhochschulen vorangetrieben werden: 1,4 Millionen Franken BI, Bülach, Berufsschule, Erweiterung.

KEF-Erklärung 40

Erweiterung Berufsschule Bülach

Antrag von Theres Agosti, Carmen Marty Fässler, Andrew Katumba:

Erweiterungsbau der Berufsschule in Bülach an der Schwerzgruebstrasse 28 soll baldmöglichst umgesetzt werden.

Jahr	Ist	Soll
P26	-1.4	-15.1
P27	-6.4	-18.5
P28	-15.1	-12.9

KEF-Erklärung 44

Erweiterung und Instandsetzung der Berufsschule Bülach (BSB)

Antrag Wilma Willi:

Die Erweiterung und Instandsetzung der Berufsschule Bülach soll plangemäss umgesetzt werden. Dazu ist ein Anteil von 14,3 Millionen des Gesamtkredits in den KEF aufzunehmen.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Meine Interessenbindung: Ich unterrichte seit 2000 an der Berufsschule Bülach. Seit 2001 hatte diese Schule zwei Standorte, seit einigen Jahren sogar deren drei. Gemäss einem NZZ-Artikel vom 13. Januar 2001 war für die Berufsschule Bülach bis 2007 ein neues Schulhaus vorgesehen. Unser Bedarf ist somit seit Jahren bekannt.

Heute, im Jahr 2024, ist die Situation immer noch gleich, ausser dass zu den 445 Quadratmeter provisorischer Schulzimmer, die bereits seit 24 Jahren bestehen, noch weitere provisorische Zimmer dazukamen. Die rund 500 KV-Lernenden und

Teilprotokoll – Kantonsrat, 85. KR-Sitzung vom 16. Dezember 2024

die circa 650 Elektroinstallateure, die gemäss Bildungsratsbeschluss seit 2020 nach Bülach kommen, müssen erfahren: Im Zürcher Unterland muss man warten und nochmals warten.

Die Geringschätzung, mit welcher Sie, liebe Bürgerliche, die berufliche Grundbildung behandeln, erstaunt und enttäuscht. Immer das Hohelied der beruflichen Ausbildung, aber wenn es darum geht, die Ressourcen bereitzustellen, klemmen Sie. Liebe FDP und liebe SVP, heute können Sie etwas für unsere Berufsschulen tun. Stimmen Sie dem Budgetantrag und den KEF-Erklärungen zu. Und vor allem liebe Doris Meier, lieber Rochus Burtscher, wir Lehrpersonen und Lernenden freuen uns über eure Unterstützung heute, dies, weil als Mitglieder der Schulkommission ihr unsere Schule in Bülach strategisch leitet. Ermöglichen Sie die dringende Instandsetzung und Erweiterung des Schulhauses der Berufsschule Bülach. Wir brauchen Zukunft. Planen wir unsere Schulen heute und nicht morgen. Stimmen Sie dem Antrag 36a und auch den beiden KEF-Erklärungen zu.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Ich spreche zum Budgetantrag 36a und zu den KEF-Anträgen 40 und 44.

Die SP wehrt sich generell gegen Verzögerungen im Bildungsbau. Eine Replik zu heute Morgen und zu Peter Schick: Dies ist keine Zwängerei, ihr von der Gegenseite und der Regierung veranstaltet eine Zwängerei. Wir bleiben bei der ursprünglichen Planung.

Der Erweiterungsbau und die Instandsetzung der Berufsschule Bülach ist eines der Bildungsprojekte, die schon lange anstehen. Die Planung sieht Unterrichtsräume, Gruppenräume und eine Einfachturnhalle vor. Über die aktuelle Situation in Bülach und den Handlungsbedarf haben wir von Wilma Willi gehört. Der Erweiterungsbau ist dringend nötig für eine umfassende Ausbildung. Wir alle wollen eine starke duale Bildung. Berufsschülerinnen und -schüler brauchen Unterrichtsorte von Qualität, die den heutigen pädagogischen Bedürfnissen entsprechen. Gemäss Immobilienstrategie des Kantons sind die kantonalen Liegenschaften nutzungsgerecht, zweckmässig und gemäss dem Bedarf der Kernaufgaben zeitgerecht zur Verfügung zu stellen. Deshalb wollen wir keinen Aufschub von notwendigen Bildungsprojekten. Wir dürfen keinen Stau riskieren. Es ist kurzfristig, die Immobilienplanung durcheinander zu bringen und die wachsenden Schüler- und Studierendenzahlen zu ignorieren. Stimmen Sie unseren Anträgen zu. Danke.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Wilma Willi, du hast Rochus Burtscher und mich angesprochen. Ich versuche hier in vier Minuten – Rochus hat mir seine zwei noch dazu gegeben –, dir kurz Antwort zu geben.

Ich glaube, es ist ganz wichtig zu betonen, dass die Berufsschulen einen grossen Auftrag haben und sie diesen auch wahrnehmen. Und ich glaube, mit der Erweiterung der Berufsschule Bülach machen wir einen richtigen Schritt. Ich glaube aber nicht, dass es zielführend ist, diese KEF-Erklärungen gutzuheissen. Denn es ist so, wir sind im Fahrplan, der Projektwettbewerb ist gestartet, wir haben ganz

viele Architekten und Architektinnen, die mit uns ein neues Projekt machen wollen. Wir halten den Zeitplan ein. Darum glaube ich, machen es die SVP und die FDP richtig.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Investitionen in Bauten und Infrastruktur sind das Rückgrat einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Investitionen schaffen nicht nur Arbeitsplätze und wirtschaftliche Impulse, sondern sichern langfristig die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons. Jede Kürzung – oder wie sie dieses Jahr auch genannt wird –, jede Priorisierung in diesem Bereich bedeutet Stillstand, und Stillstand ist in einem prosperierenden Kanton wie Zürich keine Option.

Unsere Bevölkerung wächst, der Klimawandel fordert nachhaltige Lösungen und die Ansprüche, unter anderem an Verkehr und Bildung, steigen. Wenn wir jetzt bei Bauten und Infrastruktur sparen, vertagen wir dringend notwendige Projekte in die Zukunft mit wohl höheren Kosten und grösseren Herausforderungen. Es ist kurzsichtig, Investitionen in den Unterhalt und den Ausbau von Schulen zu kürzen. Diese Projekte sind keine Luxusausgaben, sondern geplante Vorsorge, auch aus finanzieller Sicht. Jeden Franken, den wir heute in die Infrastruktur investieren, zahlt sich morgen doppelt aus. Hier auf die Bremse zu treten, ist – insbesondere auch aus finanzieller Perspektive – äusserst fraglich. Wir von der EVP zeigen Verantwortung für die Zukunft unseres Kantons und sagen Ja zu den aufgeführten Investitionen und unterstützen die KEF-Anträge. Besten Dank.

Wilma Willi (Grüne, Stadel), spricht zum zweiten Mal: Ich wurde angesprochen. Wenn ich im KEF lese, dass kein Geld für die Berufsschule Bülach eingestellt wird, dann muss ich sagen, wir leben in einer offenen Gesellschaft. Ich sehe da nicht, dass jetzt etwas fertiggestellt wird, weil das Geld nicht gesprochen wird. Deshalb müssen Sie mich verstehen. Wir, die dort jeden Tag mit unseren jungen Lernenden arbeiten, sehen das. Ja, man hat einen Projektwettbewerb durchgeführt. Das steht in meiner KEF-Erklärung, aber Geld dafür wurde nicht eingestellt. Deshalb habe ich mir ja erlaubt, dies zu sagen. Wir klemmen bei den Mitteln. Darum liebe Kantonsräte und Kantonsrätinnen, wenn Sie für die Berufsbildung sind, sage ich es noch einmal: Bitte stimmen Sie mit uns dem Antrag zu und stimmen Sie den KEF-Erklärungen zu. Vielen Dank.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Selbstverständlich möchten wir hier von der SP nochmals betonen, wie wichtig es eben ist, dass bei den Bildungsbauten nicht nur die KEF-Anträge unterstützt werden, sondern auch die Budgetanträge. Es ist wichtig, dass die Berufsschulen gestärkt werden. Neben den anderen Schulen, die wir auch unterstützen, ist es ganz wichtig, dass gerade in der Berufsbildung die Planungen weiter vorangetrieben werden. Deshalb ist es so immens wichtig, dass auch in Bülach diese Schule in der Planung weiter vorangetrieben wird, damit eine genügende Infrastruktur da ist, damit möglichst viele Schülerinnen und Schüler diese Berufsbildungsschule besuchen können. Deshalb ist es

ganz wichtig, dass die Leute nicht nur beim KEF mitbestimmen, sondern jetzt auch schon bei der Budgetberatung. Danke schöne.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Gerade in der Bildung liegen unsere Bodenschätze. Wir haben sonst kein Gut, das wir vertreten können. Und mit der Berufsbildung hebt sich die Schweiz massiv ab. Das ist unser Asset. Da wollen jetzt die bürgerlichen Parteien nicht mitmachen und die Infrastruktur auf ein Niveau bringen, wie es nötig ist. Für die Berufsschule Bülach steht diese Sanierung schon lange an. Endlich kommt ein neues Projekt auf den Tisch. Seit Jahrzehnten wird in Containern unterrichtet. Sie können sich vorstellen, dass dort nie die gleiche Qualität für die Schüler erzielt werden kann wie in permanenten Bauten. So darf es nicht weitergehen. Wenn die beiden Schulvertreter hier sagen, ja, wir haben eine Planung, die ist da. Das wissen wir nicht als Kantonsräte. Wir wollen, dass dieses Geld im Budget und mit diesen KEF-Erklärungen verankert ist. Wir wollen vorwärtsmachen. Es muss endlich vorwärtsgehen mit der Berufsschule in Bülach. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ein Kommentar, der praktisch für alle KEF-Erklärungen in dieser Leistungsgruppe gilt.

Ich verstehe wirklich nicht, wie man das Gefühl haben kann, dass wir mit der Verschiebung nach hinten dieser Investitionen in die Nähe von Sparen, in die Nähe von Kosteneffizienz kommen, dass das finanzpolitisch irgendetwas bringt, ausser Schaden. Wenn man tatsächlich diese Projekte machen will, dann sind Projektverzögerungen immer Kostentreiber. Das weiss man ganz genau. Wenn Sie aus irgendwelchen Gründen ein Projekt stoppen müssen, unterbrechen müssen, dann kostet Sie das am Schluss mehr, denn Sie beginnen nicht wieder am gleichen Ort. Sie müssen immer Sachen wiederaufnehmen, es gibt Lücken, es gibt Wechsel und so weiter und so fort. Im Sinne der kantonalen Finanzen haben Sie doch Verstand und genehmen Sie diese verschiedenen KEF-Erklärungen, denn das ist, was für die Finanzen am billigsten kommt. Das ist die billigste Art, diese Investitionen umzusetzen. Das ist das einzig Vernünftige. Deshalb müssten eben genau SVP, FDP, GLP, Mitte, die immer sagen, wie wichtig ihnen die kantonalen Finanzen sind, die müssten dem zustimmen. Denn alles andere ist Geld aus dem Fenster geworfen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Ich bin ja schon lange in diesem Rat. Jetzt staune ich schon über die andere Seite. Ich meine, ich höre seit Jahren immer, wie wichtig die Berufsbildung ist, die duale Bildung, die Berufsschulen und jetzt steht endlich ein wichtiges und notwendiges Projekt an. Und jetzt wird nicht erweitert. Ich habe jetzt auch gehört, die Schülerinnen und Schüler sind in Containern, in Provisorien untergebracht. Sorry, ich verstehe nicht, warum Sie der Berufsbildung nicht ihren Stellenwert geben können, den sie wirklich verdient hat. Es sind die Jungen, sie sind unsere Zukunft. Mir ist das wirklich sehr, sehr unverständlich.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf), spricht zum zweiten Mal: Ich möchte eigentlich kein Pingpongspiel eröffnen, aber ich erlaube mir, jetzt doch noch etwas zu sagen. Judith Stofer sagt, die Erweiterung komme nicht. Ich habe es vorher bereits gesagt, wir sind mitten drin im Projektwettbewerb; der wird im Januar juriert. Also wir sind auf Zielkurs, und das Geld ist eingestellt im KEF. Wenn man die Seiten 31 im Budgetbuch anschaut, dort wird alles nochmals detailliert beschrieben. Ich verstehe die Aufregung nicht. Wir sind auf Kurs und wir werden die Berufsschule erweitern und instand stellen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Ich möchte einfach kurz aus Sicht der Schülerzahlen etwas sagen. Wir haben steigende Schülerzahlen. Wir wissen, die kommen von der Volksschule, die Kinder sind noch früher als früher in den Kindergarten gekommen. In den letzten Jahren haben die Schülerzahlen auf der Primarstufe zugenommen und jetzt kommen sie eben auf die Sekundarstufe I und dann auf die Sekundarstufe II. Also wir brauchen mehr Schulraum. Ich glaube, wir haben das im Zusammenhang mit dem Projekt «Kompetenzzentren» schon mehrfach über die Berufsfachschule Bülach diskutiert. Jedes Jahr werden uns in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) diese Schülerzahlen, diese Prognosen aktualisiert aufgezeigt. Der Bedarf an Schulraum, der ist klar ausgewiesen. Daher möchte ich doch sehr beliebt machen, dass wir hier keinen Planungsstopp riskieren, sondern der Regierung eben klar signalisieren, hey, macht auch bei diesem Projekt vorwärts, wie geplant. Das hat diese Planung und diese Weiterarbeit wirklich verdient. Sie ist bitter nötig. Es verträgt in Bülach – nach all diesen Jahrzehnten – keinen Aufschub mehr. Vielen Dank.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Ich habe da schon noch eine Frage an die Schulleiterin aus Bülach, also, ich zitiere jetzt aus dem KEF ... (*Doris Meier verneint die Aussage*) Stimmt es nicht? Das tut mir leid. Kann sein, dass ich mich da geirrt habe.

Nach Bülach an die Exekutive, ich zitiere aus dem KEF: «Mit der Gesamtinstandsetzung des Bildungszentrums in Dietikon, der Erweiterung der Berufsschule in Bülach und dem Neubau der Berufsschule in Winterthur sollen zwischen» – hören Sie gut zu – «2025» – das ist nächstes Jahr – «und 2032 weitere wichtige Bildungsbauten realisiert werden.» Und wenn wir jetzt heute weder das Budget genehmigen in dieser Angelegenheit noch eben von Ihrer Seite die KEF-Erklärungen unterstützen, wann sollten dann die Planungen tatsächlich stattfinden? Wir wissen, es gibt diese klandestine Liste. Darüber haben wir schon mehrmals gesprochen. Und der Regierungsrat verabschiedet regelmässig im Januar die Prioritätenliste für die Bildungsbauten und für sämtliche Investitionen. Dazu haben wir in der KPB (*Kommission für Planung und Bau*) fast nichts zu mucksen. Das ist die Exekutive; das ist der Job der Exekutive. Wir haben einzig hier einmal pro Jahr die Möglichkeit, im Rahmen des KEF und des Budgets, Stellung zu beziehen. Und das machen wir heute. Wir weisen darum auch auf die Dringlichkeit hin, damit die Schülerinnen und Schüler in den nächsten kommenden 20, 30 Jahre nicht in Providurien, in Provisorien beschult werden müssen. Das ist keine schöne

Erfahrung, das kann ich Ihnen sagen. Und ich glaube, es ist jetzt an Ihnen, entsprechend den richtigen Knopf zu drücken, sonst werden es Ihnen dann – ich sage jetzt mal – ihre künftigen Wählerinnen und Wähler aus den jeweiligen Bezirken bei der nächsten Wahl verdanken. Besten Dank.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Ich habe eine Frage an Doris Meier: Sie sagt, dass jetzt Geld eingestellt sei im Budget. Sie soll mir bitte die Seite angeben, wo dieses Geld eingestellt ist. In der Liste der zurückgestellten Projekte ist es drin, aber im Budget eben nicht mehr.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 36a von Wilma Willi abzulehnen.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 40

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 40 mit 89 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 44

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 44 mit 89 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

37a Minderheitsantrag Jonas Erni, Theres Agosti Monn, Andrew Katumba, Thomas Schweizer und Wilma Willi (KPB):

Verschlechterung: Fr. -900'000

Planung von Neubauten sowie von Provisorien der Kantonsschulen müssen weiterhin weiterverfolgt werden. Ebenfalls soll die Planung von Erweiterung von Berufsschulen sowie die Planung in Zusammenhang bei Fachhochschulen vorangetrieben werden: 0,9 Millionen Franken BI, Wädenswil, KS Zimmerberg Neubau.

KEF-Erklärung 41

Neubau Kantonsschule Zimmerberg vorantreiben

Antrag Jonas Erni, Carmen Marty Fässler, Andrew Katumba:

Neubau der Kantonsschule Zimmerberg Austrasse in Wädenswil braucht es jetzt.

Jahr	Ist	Soll
P26	-3.0	-27.5
P27	-4.5	-32.5
P28	-27.5	-31.5

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Es handelt sich hier um eine multiple Art der Raumplanung, die Schulraumplanung. Deshalb wurde das Projekt ja sistiert und überarbeitet, denn die kantonalen Standards sollen hier neu erarbeitet werden. Gleichzeitig haben wir die übergeordnete Raumplanung, die im Idealfall auch die Personenströme lenken soll. Wir reden hier von Tausenden von Schülerinnen und Schülern, die täglich die S-Bahn nutzen Richtung Zürich genau während der

Stosszeiten und so das S-Bahnnetz zusätzlich belasten. Das wird auch teuer. Gleichzeitig haben wir ein Provisorium bei uns für die Kantonsschule. Dieses war schon voll und musste ergänzt werden, zugemietete Flächen, ebenfalls hohe Kosten. Also man sieht, günstiger wird es nicht, eher teurer. Wir fordern deshalb eine Beschleunigung der Kantonsschule Zimmerberg. Diese ist dringend nötig und entschärft die Situation im ÖV in Richtung Zürich. Stimmen Sie unserem Minderheitsantrag für eine schnell realisierte Kantonsschule Zimmerberg zu.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Ich gehe jetzt nicht auf diese intransparente Geschichte mit der Priorisierung ein. Das habe ich schon bereits mit meiner dringenden Anfrage (KR-Nr. 298/2024) moniert, und die wurde ja nicht zur Zufriedenheit des Parlaments, der Medien und der Öffentlichkeit beantwortet.

Schon lange war klar, am linken Zürichsee braucht es eine Kantonsschule. Man hat sich lange Zeit genommen für die Standortwahl. Dann der Entscheid: Au-Wädenswil, ein guter Entscheid; Start mit Provisorium und ein Neubau, der zügig geplant und realisiert werden sollte; Bezugstermin Sommer 2028 wurde genannt. Doch dann kam es zu Verzögerungen, zuerst durch die vertiefte Prüfung der Schulraumplanung und dann nochmal zu Verzögerungen, weil das Projekt als Pilotprojekt für Schulbauten der Zukunft auserkoren wurde – aus 2028 wurde 2031. Das Unverständnis ist gross, denn alles ist bereit; auf dem Areal wird fleissig gebaut, nur in dem Gebiet, wo die Kantonsschule hinkommt, dort passiert nichts. Und ein überzeugendes Siegerprojekt wurde auch auserkoren. Wir haben es gehört, das Provisorium der Kantonsschule hat die Kapazitätsgrenze erreicht. Nun, wir hatten Glück, Nebengebäude konnten hinzugemietet werden. Aber auch so wird im Sommer 2027 das Provisorium spätestens an seine Grenzen kommen. Und wenn ich mich nicht sehr stark täusche, hat der Kanton ja noch weitere Schulbauten in der Pipeline und sollte daran interessiert sein, die Erkenntnisse des Pilotprojekts «Schulbauten der Zukunft» auch nutzbar zu machen. Wir warten also auf den Regierungsrat, auf die Antwort auf meine Anfrage, die von Mitgliedern aus SVP, SP, FDP, GLP, Grüne, Mitte und EVP unterzeichnet wurde.

Ernst Stocker (*Regierungsrat*) hat ja zu Beginn der Debatte gesagt, dass es eine rollende Planung ist, dass nicht alles schwarzweiss sei und dass die geheime Liste auch nicht die Bibel sei, und wenn schon, dann würde der Regierungsrat trotzdem darüberstehen. So hoffe ich auf die Weisheit des Regierungsrates, dass er sich zurückbesinnt und sich zum Termin Sommer 2031 bekennt und so das Vertrauen in den Kanton wiederherstellt. Es geht um Glaubwürdigkeit und um Verlässlichkeit.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Ich gebe auch meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Kantonsrätin im Bezirk Horgen, und dieses Projekt hier, diese Kantonsschule, die war für mich immer eine ärgerliche Geschichte. Aber finalmente, anfangs November 2024 wurde dann ein Siegerprojekt für die neue Kantonsschule Zimmerberg in den Medien vorgestellt. Mit dem Bau einer Kantonsschule reagiert der Kanton auf das enorm ansteigende Bevölkerungswachstum in unseren Bezirk, welches zwangsläufig auch zu einem Anstieg der Schülerinnen- und

Schülerzahlen geführt hat. Der periphere Standort am linken Seeufer verkürzt den Schulweg zahlreicher Schülerinnen und Schüler und entlasten damit vor allem die S-Bahnlinien Richtung Stadt Zürich. Der Bau einer Kanti Zimmerberg bot schon im Vorfeld genug medialen Zündstoff, weil lange nicht klar war, welches denn nun der richtige Standort sein soll. Mit dem Au-Park sollte es nun endlich Platz für 1200 Schülerinnen und Schüler geben. Ausser Spesen nichts gewesen, denn in der Zwischenzeit hat die Regierung entschieden, die Planung zurückzustellen, weil die Ressourcen dafür offenbar fehlen. Der Bezugstermin ist aber verpflichtend auf den Anfang des Schulsemesters 2031/2032 geplant. Wiederum wird auf dem Buckel der Schülerinnen und Schüler gespart. Dieser Entscheid ist schlicht und einfach unhaltbar und nur noch ärgerlich. Die Enttäuschung in der betroffenen Bevölkerung ist gross, denn nun dürfen die einen SuS (*Schülerinnen und Schüler*) weiterhin pendeln und die anderen lernen eingepfercht in einem viel zu kleinen Provisorium, welches maximal 650 SuS aufnehmen kann statt der mindestens benötigten 1200 Plätze. Vielleicht sollten wir an dieser Stelle ehrlicherweise von einem Provisorium reden. Das nenne ich wahrlich eine vorausschauende, bürgerliche Bildungspolitik. Wir lehnen diesen Kürzungsantrag klar ab und stimmen dem Minderheitsantrag Erni zu.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Die Alternative Liste hat ja bekanntlich eine Motion zur Abschaffung des Langzeitgymnasiums eingereicht. Wir stehen voll und ganz hinter dieser Motion und wollen das Langzeit-Gymnasium langfristig abschaffen. Wir möchten vor allem die Gesamtschule stärken und fördern. Wir werden hier aber zähneknirschend der Kanti Wädenswil zustimmen, auch Affoltern am Albis, denn wir finden es eigentlich sinnvoll, dass es eine dezentrale Schulhausstrategie gibt. Ja, wir werden das zähneknirschend machen, aber wir werden die KEF-Erklärungen – jetzt muss ich gerade mal schauen, welche KEF-Erklärungen das sind –, KEF-Erklärungen 38 und 41. Ich habe es nicht mehr so im Griff mit den verschiedenen KEF-Erklärungen (*Heiterkeit*). Zum Neubau beim Standort Aussersihl möchte ich einfach noch zu bedenken geben, da gibt es einen Wermutstropfen von Seiten der AL, denn auf diesem Areal steht momentan das Art Dock, und das Art Dock ist eine ganz wichtige lokale Institution für Kunst aus Zürich. Wir würden es natürlich nicht sehr begrüßen, wenn dann das Art Dock abgerissen würde, um einem Neubau der Kantonsschule Aussersihl Platz zu machen. Wir finden diesen Platz sowieso auch sehr lärmbelastet. Es ist die Hardbrücke, die da vorbeiführt, und die ist sehr, sehr lärmig. Aber wir werden jetzt zähneknirschend, denn wir wissen, dass die Projekte eben lang gehen, zustimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 107 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 37a von Jonas Erni abzulehnen.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 41

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 41 mit 89 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

38a Minderheitsantrag Theres Agosti Monn, Jonas Erni, Andrew Katumba, Thomas Schweizer und Wilma Willi (KPB):

Verschlechterung: Fr. -500'000

Planung von Neubauten sowie von Provisorien der Kantonsschulen müssen weiterhin weiterverfolgt werden. Ebenfalls soll die Planung von Erweiterung von Berufsschulen sowie die Planung in Zusammenhang bei Fachhochschulen vorangetrieben werden: 0,5 Millionen Franken BI, Zürich, PHZH 2. Standort.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Die Planung des Tagungszentrums der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) soll vorangetrieben werden, weil das Tagungszentrum Schloss Au durch wenige gezielte Massnahmen rasch umgesetzt werden kann. Das Tagungszentrum Schloss Au ist einzigartig sowohl durch seine Lage als auch durch seinen Charme. Die Lage auf der Halbinsel Au mit einer Umgebung direkt am Zürichsee ist höchst attraktiv für interne und externe Kundenschaft aus Bildung, Verwaltung, Wirtschaft und für Private. Das denkmalgeschützte Schloss eignet sich für Bildung und festliche Anlässe, das Naturschutzgebiet Au bietet Anschauung für Naturbildung für Gross und Klein.

Zu den Liegenschaften des Tagungszentrums gehören verschiedene ungenutzte Nebengebäude. Um diese zu nutzen, braucht es die Umsetzung der geplanten Projektschritte. Damit kann die Strahlkraft des Ortes weiter gesteigert werden, auch für Kundinnen und Erholungssuchende. Für die Bewirtschaftung des Tagungszentrums sollen mit dem budgetierten Betrag rasch kleinere Umbauten umgesetzt werden können; Instandsetzungen sollen nicht aufs Eis gelegt werden. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 38a von Theres Agosti Monn abzulehnen.

39a Minderheitsantrag Jonas Erni, Theres Agosti Monn, Andrew Katumba, Thomas Schweizer und Wilma Willi (KPB):

Verschlechterung: Fr. -200'000

Planung von Neubauten sowie von Provisorien der Kantonsschulen müssen weiterhin weiterverfolgt werden. Ebenfalls soll die Planung von Erweiterung von Berufsschulen sowie die Planung in Zusammenhang bei Fachhochschulen vorangetrieben werden: 0,2 Millionen Franken BI, Winterthur, ZHAW.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Auch die Planung des ZHAW-Campus (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) einzustellen, wäre unsinnig, denn die bereits begonnene Verdichtung muss unter Betrieb geschehen, die ganzen Etappierungen müssen auf den Schulbetrieb abgestimmt werden, ausserdem verlängert sich durch Planungsunterbrüche die Mietdauer von Aussenflächen. Die schrittweise Erneuerung des ehemaligen Technikums ist äusserst komplex. Eine Unsicherheit bezüglich Planung bringt die ganzen planerischen Schritte

durcheinander, bringt grossen Mehraufwand. Sprechen Sie sich gegen Planungsunterbrüche von Neubauten aus und stimmen Sie unserem Minderheitsantrag zu. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 105 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 39a von Jonas Erni abzulehnen.

KEF-Erklärung 38

Planung Neubau Kantonsschule Aussersihl vorantreiben

Antrag Carmen Marty Fässler, Andrew Katumba, Theres Agosti Monn:

Die Projektierung der Kantonsschule Aussersihl soll zügig vorangetrieben werden.

Jahr	Ist	Soll
P26	-0.0	-1.5
P27	-1.5	-2.5
P28	-3.5	-4.0

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Da sich ein starkes Bevölkerungswachstum im Kanton Zürich abzeichnet in den nächsten Jahren, wird auch die Notwendigkeit nach noch mehr Schulraum steigen. Eigentlich ist nämlich jetzt der Druck schon sehr stark vorhanden. An ganz unterschiedlichen Standorten sind die Schülerzahlen und Schülerinnenzahlen in den einzelnen Klassen sehr hoch. Auch für die Schaffung von Schulplätzen an den Zürcher Mittelschulen herrscht Druck für neuen Schulraum. Dieser soll mit einem definitiven Neubau der Kantonsschule Aussersihl etwas aufgefangen werden. Besonders auch in der Stadt Zürich ist der Druck für zusätzlichen Schulraum gross. Zur bestehenden Infrastruktur der Kantonsschule Wiedikon braucht es Schulraum für bis zu 650 Schülerinnen und Schüler. Der Regierungsrat hat deshalb im Jahr 2021 beschlossen, an der Hohlstrasse auf dem ungenutzten Baubereich neben dem neuen Polizei- und Justizzentrum ein Mittelschulprovisorium zu planen und zu realisieren. Das Areal eignet sich aufgrund seiner Erschliessung durch den S-Bahnhof Hardbrücke sowie die Tram und Bushaltestelle Hardplatz sehr gut als Mittelschulstandort. Das Provisorium wurde erstellt und ab August 2024 in Betrieb genommen. Nun soll aber weiter geprüft werden, ob sich der Standort auch für einen definitiven Standort einer Mittelschule eignen würde. Bereits im Mai 2021 wurde im Auftrag der Bildungsdirektion für eine Vorstudie zur Verordnung des Schulraumprovisoriums und einer definitiven Mittelschule auf dem Areal ein Auftrag vergeben. In der Broschüre zur Einweihung der neuen Kantonsschule Aussersihl wurde von einer Entkoppelung gesprochen, nämlich von einer Entkopplung der Kantonsschule Wiedikon in naher Zukunft und schliesslich von einem eigenen Schulhaus. Aus der Kantonsschule Wiedikon soll herausgewachsen werden, und die Selbstständigkeit soll bereits in wenigen Jahren vollzogen sein. Deshalb muss die Planung weiter vorangetrieben werden mit der Bestimmung eines definitiven Standorts. Endlich ein Gymnasium in Kreis 4!

Abstimmung über die KEF-Erklärung 38

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 38 mit 89 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 39

ZHAW Wädenswil Erneuerung Laborgebäude RT

Antrag Jonas Erni, Carmen Marty Fässler, Andrew Katumba:

ZHAW, Wädenswil Campus Reidbach Gebäude RT, Erneuerung und Erweiterung

Jahr	Ist	Soll
P26	-0.0	-4.0
P27	-0.0	-8.0
P28	-1.0	-12.0

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Sehr gerne vertrete ich hier diesen KEF-Antrag. Wie bereits bei vorherigen KEF-Anträgen von anderen gemacht, weiche auch ich etwas von der Begründung des KEF ab, dies im Hinblick auf eine Gesamtplanung am Standort Wädenswil der ZHAW.

Nach dem Neubau des Gebäudes RD mit der Eröffnung am 23. August 2023 soll nun die gesamte, langfristige Gebietsplanung insbesondere beim Campus Reidbach in Wädenswil weiter in der Planung vorangetrieben werden, damit auch die restlichen Bauten allen Ansprüchen für eine gute und zeitgerechte Forschung und Lehre mit dem wachsenden Bedarf an modernen Laborflächen gerecht werden kann.

Angesichts steigender Studierendenzahlen und der Notwendigkeit, aktuelle wissenschaftliche Standards zu erfüllen, erfordert die bestehende Bausubstanz eine umfassende Modernisierung. Auch bezüglich Hindernisfreiheit am RT an der Einsiedlerstrasse 31 fehlen gemäss Website für Menschen mit Sehbehinderung Reliefschriften bei den Raum- und Etagenbeschriftungen, die Kontraste sind nicht ausreichend. Dazu braucht es kleinere Verbesserungen beim Lift wie auch für Menschen mit Mobilitätsbehinderungen sind im ganzen Bereich, im ganzen Gebäude schwer zu öffnenden, nicht automatisierten Türen sowie beim Haupteingang eine schwere, nicht automatisierte Flügel- und Drehtür. In der Sonderbeilage vom September 2023 wird von «Standort Wädenswil im Umbruch» gesprochen. Wir wollen die strategische Planung der Leitung der ZHAW für den Standort Wädenswil stützen, indem die Finanzierung es zulässt, dass die Planung für den Standort weiterverfolgt wird. Wichtig ist, dass die ZHAW zeitgemäss mit ihren acht Fachdepartementen ihre Aufgabe weiterhin qualitativ in der anwendungsorientierten Forschung tätigen kann. Weiterhin soll der Slogan gelten «bilden und forschen» in Wädenswil, Zitat, «studieren und forschen in Wädenswil: praxisnah, kreativ, leidenschaftlich und reflektiert».

Abstimmung über die KEF-Erklärung 39

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 39 mit 89 : 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 42

Kantonsschule Freudenberg/Enge, Erweiterung

Antrag Andrew Katumba, Carmen Marty Fässler, Theres Agosti Monn:

Erweiterung Sporthallen und Instandsetzung Mediothek der Kantonsschule

Jahr	Ist	Soll
P26	-1.1	-5.0
P27	-0.2	-10.0
P28	-1.1	-10.0

Andrew Katumba (SP, Zürich): Ich spreche noch zwei Mal heute, dann sind Sie mich für dieses Jahr los.

Die Kantonsschule Freudenberg und die Kantonsschule Enge sind nicht nur herausragende Bildungsstätten, sondern auch architektonische Meisterwerke, die Tradition und Moderne miteinander verbinden. Diese Schulen haben stets auf die Herausforderungen der Zeit mit Weitblick und Anpassungsfähigkeit reagiert, so wie heute.

Die steigenden Schülerzahlen und die wachsenden Herausforderungen an den modernen Unterricht machen eine Erweiterung der Sporthallen und der Mediothek aber dringend notwendig. Die provisorischen Sporthallen sind überlastet und entsprechen nicht den Anforderungen an einen zeitgemässen Sportunterricht. Auch die Mediothek als Dauerprovisorium ist nicht mehr auf dem Stand, den wir heute von modernen Lärmumgebungen erwarten. Ohne die notwendigen Erweiterungen und Modernisierungen leidet die Qualität der Ausbildung. Die Kantonsschule Freudenberg ist ein Symbol für den Fortschritt und die Bedeutung von Bildung in unserem Kanton. Ihre Architektur steht für den Glauben an die Zukunft und den Stellenwert von Bildung in unserer Gesellschaft. Wir müssen sicherstellen, dass wir diese Vision für kommende Generationen erhalten und nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Jede Verzögerung wird die Situation verschärfen und die Kosten, wir haben es mehrmals gesagt und sagen es immer wieder, steigen und steigen. Investitionen in Bildung zahlen sich immer aus, heute und auch in Zukunft. Ich appelliere an Sie, bitte unterstützen Sie diese KEF-Erklärung. Besten Dank.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Ich gebe Ihnen zuerst meine Interessenbindung bekannt: Meine beiden Söhne besuchen zurzeit diese beiden Schulen.

Wir haben es bereits von Andrew Katumba gehört, die Erweiterung der Sporthallen, der Mediothek und der Schulräume ist dringend angezeigt. Die Provisorien sind definitiv an ihrem Lebensende angekommen. Davon konnte ich mich persönlich an einem Elternanlass der Schule überzeugen. Die Provisorien sind teilweise in einem erbärmlichen Zustand; sie werden notdürftig geflickt. Es ist wirklich kein schönes Hinschauen. Ein Aufschub dieser Arbeiten ist nicht mit dem Bildungsauftrag vereinbar, und später wird es dann sicher auch nicht billiger. Es ist einfach nur «gschämig», wenn hier Investitionen in die Zukunft verschoben werden und die jetzigen und zukünftigen Schülerinnen und Schüler darunter leiden

müssen. Investitionen bei der höheren Bildung aufzuschieben, ist nichts anderes als höherer Blödsinn. Stimmen Sie dieser KEF-Erklärung zu.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 42

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 42 mit 89 : 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 43

Kantonsschule Wiedikon, Gesamtinstandsetzung

Antrag Andrew Katumba, Carmen Marty Fässler, Theres Agosti Monn:

Energetische Sanierung und Gesamtinstandsetzung Kantonsschule Wiedikon in Zürich.

Jahr	Ist	Soll
P26	-0.0	-4.0
P27	-0.0	-7.0
P28	-0.0	-8.0

Andrew Katumba (SP, Zürich): Wir haben es von Carmen Marty Fässler gehört, für die Aussenstelle Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon wurde ein Provisorium erstellt; da sollte dann aber noch ein echter Bau entstehen. Wir haben kürzlich dieses Provisorium errichtet. Sie wissen, was es gekostet hat. Ich sage es Ihnen nochmals: 44 Millionen Franken hat dieses Provisorium gekostet, für sage und schreibe 10 Jahre Betriebsdauer. So ist es angedacht. Ich habe aber den leisen Verdacht, dass dieses Provisorium länger stehenbleiben wird. Die Zukunft wird es zeigen.

Aber hier geht es jetzt um den Originalstandort der Kantonsschule in Wiedikon. Seit der Fertigstellung der Kantonsschule Wiedikon, der ehemaligen Töchterchule der Stadt Zürich im Jahre 1973, ist wenig geschehen, um dem baulichen, technischen und sicherheitstechnischen Standard gerecht zu werden, der heute für die öffentlichen Einrichtungen erwartet wird. Ganz kurz: Veraltete Elektroinstallationen, asbestbelastete Materialien stellen ein erhebliches Risiko dar, sowohl für die Schülerinnen und die Schüler als auch für die ganzen Lehrkräfte. Der unzureichende Brandschutz gefährdet die Sicherheit aller. Energetisch ist das Gebäude rückständig. Eine Sanierung würde nicht nur den Anforderungen des Wärmeschutzes gerecht werden, sondern gleichzeitig die Energieeffizienz steigern und langfristige Betriebskosten reduzieren. Ich bitte Sie, dieser KEF-Erklärung entsprechend zuzustimmen. Besten Dank.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Ich trage Ihnen jetzt etwas vor:

Auch meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen mögen ihre gespitzten Ohren in meine Richtung bewegen.

Die Kantonsschule Wiedikon in meiner «hood»*,

die für viele Schülerinnen Gutes tut,

ist mittlerweile in die Jahre gekommen

und die Zahl der Lernenden ist in die Höhe geklommen.

Trotzdem will unser Kanton mit seiner Immobilienplanung,
die Gesamtinstandsetzung bestrafen durch eine Erlahmung.
Damit die Schülerinnen sorglos büffeln und ihr Bestes geben,
ist es wichtig, die Mängel zu beheben.
Veraltet sind die technischen Anlagen und
das bereitet der AL Unbehagen.
Der Brandschutz muss gewährleistet sein,
dafür stellen wir Geld in den KEF ein.
Und oh Schreck, auch die Asbestbelastung muss weg.
2029 liegt in weiter fern,
und das haben wir Progressiven gar nicht gern.
Rochadeflächen lassen sich sicher finden.
Dafür werden wir der Baudirektion ein Kränzchen winden.
Wir wollen vorwärtsmachen
und nicht verzögern solch wichtige Sachen.
Die AL unterstützt diese KEF-Erklärung nun
und fordert Sie auf, es uns gleich zu tun.
Danke. (Applaus. *Slangausdruck für «neighborhood», dt. «Nachbarschaft».)

Abstimmung über die KEF-Erklärung 43

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 43 mit 88 : 85 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 45

Neubau Wohn- und Mittagsgruppengebäude des Zentrums für Gehör und Sprache in Zürich

Der Neubau Wohn- und Mittagsgruppengebäude des Zentrums für Gehör und Sprache in Zürich soll plangemäss realisiert werden. Dazu sind 16,5 Millionen in den KEF aufzunehmen.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Das Zentrum für Gehör und Sprache Zürich in Wollishofen ist das Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendliche mit einer Hör- und/oder Sprachbeeinträchtigung. Aktuell zählt die Organisation rund 150 Mitarbeitende, Fachspezialistinnen und Fachspezialisten, die für über 400 Kinder und Jugendliche im Einsatz sind. Das Zentrum für Gehör und Sprache ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons. Es soll mit einem Neubau ergänzt werden. Die Grösse der Räume entspricht heute nicht mehr den Anforderungen des Kinder- und Jugendschutzgesetzes, das vor einigen Jahren revidiert wurde. Ein Wettbewerb für den Neubau des Wohn- und Mittagsgruppen-Gebäudes wurde vor einem Jahr ausgeschrieben und im Frühling 2024 ausgelobt. Gemäss Medienmitteilung des Regierungsrates im Frühling 2024 soll dem Kantonsrat nun ein bewilligungsfähiges Bauprojekt vorgelegt werden. Geplant ist für das Projekt ein Gesamtbetrag von 24,5 Millionen.

Der KEF-Antrag will nun, dass der Regierungsrat gemäss Planung 16,5 Millionen in den KEF 2025 bis 2028 aufnimmt. Mit dem Zurückstellen wird einfach ein

Problem hinausgeschoben. Das ist keine zukunftsfähige Strategie. Der Bedarf ist ausgewiesen. Verzögerungen führen zu mehr Kosten, auch das wurde schon mehrfach festgehalten. Das Zurückstellen ist ein klassisches Element des No-Future-Budgets; die Kosten werden so den Verantwortlichen der nächsten Legislatur aufgebürdet.

Abstimmung über die KEF-Erklärung 45

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 45 mit 90 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Ratspräsident Jürg Sulser: Das haben wir in der Leistungsgruppe 8000 bereits erledigt.

40a Minderheitsantrag Thomas Schweizer, Theres Agosti Monn, Jonas Erni, Andrew Katumba und Wilma Willi (KPB):

Verschlechterung: Fr. -1'900'000

Die abrupte Sistierung der geplanten Schadstoffsanierung entlang der Flachmoore bei der Halbinsel Au in Wädenswil ist aufzuheben und das vorhandene Projekt "Regeneration Flachmoor Au" zum Schutze der wertvollen Biotope und ihrer seltenen Arten unverzüglich umzusetzen. Die genannten Flachmoore sind im Inventar nationaler Bedeutung und sind durch Schwermetalle wie Blei, Arsen, Chrom oder Zink sowie organische Schadstoffe wie Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) belastet. Die Sanierung leistet einen wichtigen Beitrag gegen den fortschreitenden Artenverlust.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Ein Grossonkel meinerseits hatte die etwas schräge Angewohnheit, erhaltene Weihnachtsgeschenke im Jahr darauf innerhalb der Familie wieder zu rezyklieren. Man könnte das auch eine gelungene Kreislaufwirtschaft nennen. Warum erwähne ich das? Wir beschenken nachkommenden Generationen in einer sehr ähnlichen Art und Weise auch ein Wandergeschenk: Schadstoffe aus den 30er- bis 60er-Jahren, welche die Halbinsel Au belasten, sollen gemäss Regierung nicht saniert werden, obwohl die Böden nachweislich Schwermetall und krebserregende polyzyklisch-aromatische Kohlenwasserstoffe, sogenannte PAK, enthalten. Der Regierungsrat hat nun die 2 Millionen Franken für die Sanierung abgelehnt, notabene die Sanierung wurde nicht verschoben, sondern einfach abgelehnt, ganz nach dem Motto «Was da schon seit Jahrzehnten liegt, kann ruhig auch noch ein bisschen länger liegenbleiben». Im Bezirk Horgen ist das noch nicht einmal der einzige schadstoffbelastete Ort. In Horgen liegen

Schwermetalle der ehemaligen Papierfabrik auf dem Seegrund und in Thalwil sammelt sich der jahrzehntealte Schlamm aus der Porzellanfabrik an.

In der Au handelt es sich immerhin um eines der beiden letzten Flächen für spezielle Flora und Fauna. Der Kanton Zürich will zwar mit dem Moorschutz respektive der Biodiversität vorwärtsmachen, und Moorflächen sind nun mal die wichtigsten Biodiversitätsflächen überhaupt. Aber hier zu sparen, ist schlicht und einfach verantwortungslos. Sanieren Sie, geschätzter Regierungsrat, wir geben der nachkommenden Generationen bereits mehr als genug Umweltschäden weiter, denn sonst bleibt es ein wunderbares Wandergeschenk. Danke.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Ich gehe mit meiner Vorrednerin einig, dass dieses Projekt unbedingt umgesetzt werden muss, nur die Variante, wie sie das umsetzen will, ist etwas speziell, denn wir haben hier einen Fonds. Der Fonds hat Geld, wir müssen den Fonds nicht noch höher bestücken, aber wir müssen den Regierungsrat auffordern, dass aus dem Fonds auch die richtigen Projekte finanziert werden, dass der Wille, dieses Projekt umzusetzen, vorhanden ist. Das Geld haben wir. Wir lehnen entsprechend ab.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die beiden Flachmoore am Au-See vor der Halbinsel Au sind zwei Flachmoore, die im Inventar der Biotop von nationaler Bedeutung verzeichnet sind. Sie haben also eine entsprechende Bedeutung, die über den Kanton hinausgehen. Daher ist diesen auch eine entsprechende Beachtung zu schenken. Leider sind diese national bedeutenden Flachmoore durch heikle Umweltgifte wie Blei und Arsen belastet. Ich muss Ihnen, glaube ich, nicht erklären, dass diese alles andere als gesund sind. Daher ist eine dringende Sanierung angezeigt, der belastete Boden ist entsprechend zu entfernen und die Moore sind zu renaturieren.

Uns von der AL ist es daher ein Rätsel, warum dieser Sanierung keine Priorität eingeräumt wird und diese einfach auf die lange Bank geschoben wird. Wie wir auch bereits gehört haben, ist das entsprechende Geld im Natur- und Heimatschutz zu Genüge vorhanden, sogar so viel, dass Sie, liebe Bürgerliche, weniger Geld in den Fonds einzahlen wollten. Daher können Sie diesen Budgetantrag auch auf der rechten Seite ohne schlechtes Gewissen unterstützen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 106 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag 40a von Thomas Schweizer abzulehnen.

Leistungsgruppe 8930, Mehrwertausgleichsfonds

Leistungsgruppe 8940, Denkmalpflegefonds

Leistungsgruppe 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Leistungsgruppe 8960, Deponiefonds

Leistungsgruppe 8970, Kantonaler Waldfonds

Leistungsgruppe 8980, Wildschadenfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Jetzt sind wir mit der Baudirektion fertig.

Leistungsgruppe 9065, Baurekursgericht

Leistungsgruppe 9066, Steuerrekursgericht

Leistungsgruppe 9070, Ombudsstelle

Leistungsgruppe 9071, Datenschutzbeauftragte

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)

Leistungsgruppe 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Leistungsgruppe 9350, Forensisches Institut Zürich

Leistungsgruppe 9510, Universitätsspital Zürich

Leistungsgruppe 9520, Kantonsspital Winterthur

Leistungsgruppe 9530, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Leistungsgruppe 9540, Integrierte Psychiatrie Winterthur–Zürcher Unterland

Leistungsgruppe 9800, Legate

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Damit haben wir alle Leistungsgruppen durchberaten.

Unter Berücksichtigung der vom Kantonsrat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Budget 2025 gesamthaft

a) in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 180'347'464 Franken.

b) in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 1'308'418'670 Franken.

Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2025

Ratspräsident Jürg Sulser: Wir kommen zur Beratung der Anträge beziehungsweise Ablehnung des Budgets gemäss Vorlage 5978b.

Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Tobias Langenegger, Hannah Pfalzgraf:

Das Budget für das Rechnungsjahr 2025 wird abgelehnt.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der Finanzkommission: Wie schon in meinem Einführungsreferat erwähnt, empfiehlt die Finanzkommission das Budget 2025 mit 8 zu 3 Stimmen zur Annahme.

Eine Minderheit beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen. Die Kommissionminderheit lehnt das Budget ab, da sie befürchtet, es würde zulasten eines

qualitativ hochwertigen Service Public sowie dringend notwendigen Investitionen gehen. Während Steuern für Grosskonzerne und Wohlhabende gesenkt werden sollen, werden zentrale Projekte, insbesondere in Bildung und öffentlicher Verkehr, aufgeschoben. Dies führe nicht nur zu Qualitätseinbussen, sondern soll auch zu langfristig höheren Kosten führen.

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass das Budget mit einem Überschuss von 180 Millionen Franken die finanzielle Stabilität des Kantons Zürich gewährleistet und gleichzeitig die Grundlage für gezielte Investitionen auf hohem Niveau schafft. Ziel ist es, das überproportionale Ausgabenwachstum leicht zu bremsen, ohne Kürzungen vorzunehmen. Dies sichert den Handlungsspielraum des Kantons und gewährleistet einen effizienten Mitteleinsatz. Besten Dank.

Regierungsrat Ernst Stocker: In den vergangenen drei Tagen haben wir eine intensive Debatte zum Budget 2025 und zum KEF 2025 geführt. Bei einigen Wortmeldungen hatte ich den Eindruck, es stehe um den Kanton Zürich gar nicht gut. Diese Aussagen kann ich so nicht stehenlassen. Sie entsprechen einfach nicht der Wahrheit. Das Gegenteil trifft zu.

Ja, wir haben eine Investitionspriorisierung durchgeführt. Diese war notwendig, weil wir einfach nicht alle Wunschvorhaben finanzieren können. Projekte haben eine lange Vorlaufzeit, deshalb muss man sie früh steuern. Genau so macht es eine vorausschauende finanzielle Führung. Wir werden dieses interne Planungsinstrument – es ist keine geheime Liste, Sie hatten sie und die Presse hatte sie am Schluss auch – auch Sie, die Entscheidungsträgerinnen und -träger, hatten diese Liste. Ich glaube, es versachlicht die Diskussion und es ist methodisch wertvoll, wenn man eine längere Planung macht. Und ja, es wurde gesagt, der Regierungsrat muss glaubwürdig sein. Sie müssen auch glaubwürdig sein, auch die Finanzierbarkeit von Vorhaben, wenn man es nicht finanzieren kann. Glauben Sie, das Geld kommt einfach vom Himmel? Es kommt nicht. Deshalb haben wir diese Priorisierung gemacht. Gegenüber dem letzten KEF haben wir gerademal 74 Millionen Franken weniger Investitionsausgabe. Das ist absolut im Streubereich, auch in den letzten Jahren. Aber jetzt glaubt man, es sei nichts mehr möglich. Ein Votum hat mich besonders betroffen gemacht: Das Sparmesser wird angesetzt. Hier hat es Männer und Frauen, die auch in Exekutiven sind. Es nähme mich schon Wunder, ob sie vor eine Gemeindeversammlung treten und sagen würden, liebe Leute, die Verschuldung der Gemeinde verdoppelt sich im nächsten Jahr, weil wir alles, was irgendwo auf einer Liste steht, jetzt bauen werden. Das nähme mich mal Wunder. Da bin ich überzeugt, auch in diesen Exekutiven würde die Frage gestellt: Was können wir uns leisten, was ist prioritär?

Und etwas, das auch in den ganzen drei Tagen nie zur Sprache kam, dass der Kanton noch 400 Millionen für die Heimfinanzierung (*an die Gemeinden*) bezahlen muss. Es ist ein Gerichtsurteil, das gibt es zu anerkennen, anerkennen wir auch. Aber glauben Sie, die 400 Millionen fehlen dann nirgends? Das sind die Millionen, die wir jetzt genau nicht haben für unsere Investitionen. Wir haben 4,4 Milliarden in diesem Legislaturprogramm eingeplant. Zeigen Sie mir mal einen

Kanton in diesem Land, der mehr investiert. Für die Hochbauten in der Leistungsgruppe Verwaltungsvermögen wurden mehr als 1,1 Milliarden – Sie können schon lachen, Sie können ihn mir zeigen – eingestellt. Und deshalb glaube ich, dass man auch einmal fragen kann: Bauen wir wirklich nachhaltig, zweckmässig, gut und wirtschaftlich? Ich kann Ihnen auch sagen, was momentan gerade gebaut wurde: Berufsschule Zürich: Minergie-Eco, Berufsfachschule Winterthur: Minergie-Eco, Bezirksanlage Pfäffikon – alles wird nach höchsten Standards gebaut. Bezüglich der Erfolgsrechnung, in der Sie jetzt 23 Millionen korrigiert haben in den Budget-Leistungsgruppen, möchte ich einfach festhalten: Der Kanton Zürich gibt in diesem Budget, das Sie jetzt dann bald beschliessen werden, 824 Millionen Franken mehr aus als im Budget 2024. Und ich habe nur gehört, es werde gespart. 824 Millionen mehr, das Budget des Kantons schrammt die Grenze zu 20 Milliarden. Das Geld muss auch erarbeitet werden. Das Geld, das kommt, hauptsächlich, aus wirtschaftlichen Leistungen, weil die Leute gute Löhne verdienen und weil die Unternehmen florieren. Das kommt nicht, wenn wir einfach darauf warten. Wir müssen gute Rahmenbedingungen schaffen. Das machen wir im Kanton Zürich, aber das Geld müssen wir auch haben. Und wenn wir jetzt sehen, wir haben 42 Prozent Transferaufwand, im kantonalen Sozialamt werden 182 Millionen Franken mehr ausgegeben, bei den Krankenkassenprämien 128 Millionen, Fachstelle Integration 113 Millionen mehr, auch im Bildungsbereich, in der Universität 40 Millionen mehr, in den Fachhochschulen 27 Millionen mehr. Und etwas, was mich auch erstaunt, wird von niemandem erwähnt: Diese ganzen Investitionen in die Universität, die zahlt der Kanton Zürich alleine, obschon die Hälfte der Studierenden an der Universität Zürich Ausserkantonale ist. Aber das interessiert anscheinend in diesem Parlament niemanden. Wir bezahlen, Sie fordern. Ich glaube, das wären Sie Ihrer Wählerschaft auch schuldig; Berufsbildung, 39 Millionen Franken mehr, Mittelschulen 34 Millionen mehr, Volksschule und 22 Millionen mehr.

Ich möchte nicht mehr viel länger werden. Wir haben jetzt ein Budget mit 180 Millionen plus, 70 Millionen sind reine Verschiebungsmassnahmen, 50 Millionen mehr Reserven, 23 Millionen – also nicht einmal ein halbes Prozent dieses Budgets – wurden in den Leistungsgruppen gekürzt. Bei den Investitionen gab es gar keine Veränderung. Und zu allerletzt möchte ich doch noch festhalten: Es wurde einige Male in der Debatte gesagt, die Zürcher Verfassung schreibe dies oder jenes vor. Sie schreibt auch zu dem Finanzen etwas vor: Artikel 95, «Bevor der Kanton eine neue Aufgabe übernimmt, legt er deren Finanzierbarkeit dar.» Oder Artikel 122, «Der Kantons sorgt für einen gesunden Finanzhaushalt.» Oder Artikel 124, «Der Kanton plant seine Aufgaben und deren Finanzierung und achtet auf die langfristigen Auswirkungen der geplanten Massnahmen», will heissen, er plant seine Aufgaben so, dass die langfristige Finanzierung gegeben ist. Auch in der Verfassung erwartet man, dass wir einen soliden Haushalt haben. Ich gehe davon aus, dass Sie dem leicht abgeänderten Budgetantrag des Regierungsrates folgen werden. Bei den Investitionen sind Sie ihm vollständig gefolgt. Dafür danke ich Ihnen und ich bitte Sie deshalb, dem Budget 2025 zuzustimmen. Besten Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Wir kommen jetzt zur Elefantenrunde. Ich erteile den Fraktionsvorsitzenden das Wort für ein Schlussvotum. Ich räume Ihnen dafür eine Redezeit von je fünf Minuten ein. Die Namen der Fraktionsvorsitzenden: Tobias Weidmann, Sibylle Marty und Tobias Langenegger, Claudio Zihlmann, Christa Stünzi, Thomas Forrer, Marzena Kopp, Markus Schaaf und Judith Stofer.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Es ist mir eine Freude, die sogenannte Elefantenrunde zu eröffnen. Doch der einzige Elefant im Raum, den wir heute wirklich thematisieren müssen, ist das ungebremste Bevölkerungswachstum, sprich die masslose Zuwanderung. (*Unruhe im Ratssaal*). Diese treibt nicht nur unsere Infrastruktur, Schulen und Gerichte an ihre Grenzen, sondern auch unser Budget. Steigende Kosten und wachsender Investitionsbedarf sind die direkte Folge. Und genau deshalb brauchen wir eines: stabile und nachhaltige Finanzen.

Wir anerkennen, dass der Regierungsrat mutiger geworden ist. Durch die richtige Priorisierung der Investitionen hat er es geschafft, den Zuwachs der erwarteten Verschuldung zu halbieren. Das war ein wichtiger und richtiger Schritt, aber es braucht mehr. Es ist doch erstaunlich, wie minimal unsere Einsparungen im Verhältnis zur Gesamtsumme des Budgets sind. Umgerechnet sind das lediglich 75 Rappen auf 100 Franken Staatsausgaben. Und trotzdem lehnen die Linken und Grünen das Budget erneut ab. Ganz ehrlich, ich bin froh, das ist gut so. Wenn die Linken und Grünen ein Budget ablehnen, weiss ich, dass es nicht allzu schlecht sein kann.

Ein kurzer Blick auf die Zahlen zeigt, wie wichtig Budgetdisziplin ist: Ohne die Priorisierung der Investitionen hätte sich die Verschuldung in den nächsten 4 Jahren, wie wir gehört haben, fast verdoppelt. Doch die Verschuldung wächst immer noch zu schnell. Wir fordern strukturelle Änderungen, klare Priorisierungen und auch dort mehr Mut in der Erfolgsrechnung, analog wie wir es mit der Investitionsplanung gemacht haben. Wir halten fest: Der Kanton Zürich hat kein Einnahmeproblem, er hat ein Ausgabeproblem. Das Bestellen neuer Aufgaben und Beschliessen immer weiteren Ausgabenwerte des Jahres durch den Kantonsrat ist ein gefährlicher Trend, der den Staat weiter aufbläht und die Steuerzahler unverhältnismässig belastet. Wir müssen diesen Trend umkehren, wenn wir den Kanton Zürich langfristig finanziell handlungsfähig halten wollen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die konsequente Umsetzung der STAF (*Steuerreform und AHV-Finanzierung*). Wir brauchen eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik, die unseren Standort stärkt, Arbeitsplätze sichert und Neuinvestitionen anzieht. Das Beispiel anderer Kantone zeigt, dass Steuersenkungen funktionieren. Sie führen langfristig zu höheren Einnahmen, weil sie die Wirtschaft ankurbeln und das Steuersubstrat verbreitern. Nur so können wir das massive Bevölkerungswachstum auffangen und Qualitätsverluste in Bildung, Gesundheit und Verkehr verhindern. Die SVP steht für eine Steuerpolitik, die Unternehmen und Familien entlastet.

Trotz der mageren 75 Rappen auf 100 Franken Staatsausgaben haben sich die vielen Sitzungen dennoch gelohnt. Immerhin kennen wir jetzt die wahre Parteibezeichnung: Die GLP ist in Wahrheit die grüne Partei und die Grünen sind die Obergrünen. Das war definitiv eine der erhellendsten Erkenntnisse dieser Budgetdebatte.

Zum Schluss möchte ich betonen, die SVP steht hinter diesem Budget, weil es die richtigen Schritte in die Wege leitet. Aber wir appellieren an den Regierungsrat, noch konsequenter zu priorisieren. Wir danken der Regierung für ihre Arbeit und freuen uns auf die Zusammenarbeit im nächsten Jahr. In diesem Sinne frohe Weihnachten und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr. Vielen Dank.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Ein Budget für wenige anstatt für alle. Was soll man zu diesem Budget nur sagen, ausser, dass es unglaublich entlarvend für die bürgerlichen Parteien samt GLP ist. Aber der Reihe nach. Was ist denn so entlarvend?

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Punkt 1, Schönfärberei: Während früher die finanzpolitische Zukunft schwarzgemalt wurde, um neue Ausgaben zu verhindern, wird die finanzpolitische Zukunft neu schöngefärbt, dass man sich auch sicher Mindereinnahmen leisten kann. So tun Sie von der bürgerlichen Partei natürlich inklusive GLP alles, damit im Kanton Zürich unmittelbar nach der letzten Gewinnsteuersenkung um 12,5 Prozent die nächste Gewinnsteuersenkung um 12,5 Prozent kommt. Da Sie selbst wissen, dass es finanzpolitisch der völlig falsche Zeitpunkt für diese Steuersenkung ist, färben Sie die Zukunft schön. Konkret heisst das, dass Sie zusätzlich zu den 200 Millionen Pauschalkürzung der Regierung weitere 50 Millionen Franken pauschal kürzen, und das natürlich komplett ohne jegliche Begründung, aber Hauptsache, der Saldo sieht kurzfristig besser aus, bis anderthalb Jahre später dann die Rechnung kommt. Neue Ausgaben: Fehlanzeige. Der neue Berufsauftrag scheint nichts zu kosten, die bessere Vereinbarung von Beruf und Familie, die Kita-Vorlage – anscheinend gratis. Wir fassen zusammen: Neuausgaben ignorieren, bisherige Ausgaben schönfärben und gut sieht es aus, das Budget.

Sibylle Marti fährt fort: Punkt 2, Sankt-Nimmerleins-Tag: Während früher noch ein minimaler Konsens in diesem Rat herrschte, dass Investitionen zentral sind für einen zukunftsfähigen Kanton Zürich, ist auch das nicht mehr gegeben. So verschiebt man munter x-hundert Millionen Franken Investitionen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Die Zeche, die zahlt dann die nächste Generation. Es ist sehr ernüchternd, wie nonchalant die Regierung und dieser Rat mit den Investitionen umgehen. Dabei wissen wir alle, irgendwann müssen wir diese Investitionen tätigen, und je später wir das tun, desto teurer werden sie. Zudem ist auch ihr Signal an das Gewerbe äusserst sonderbar. Sie wissen ganz genau, dass sämtliche Investitionen in Aufträgen für die Privatwirtschaft münden. Kürzen Sie hier, kürzen Sie direkt bei den KMU im Kanton Zürich. Das machen Sie nur, damit ein paar grosse Konzerne schon wieder eine Steuersenkung bekommen. So viel zu den genannten

Gewerbeparteien. Mit diesem Budget beweisen Sie, Sie vertreten nur die finanzstarken Grosskonzerne und sicher nicht die KMU in diesem Kanton.

Tobias Langenegger fährt fort: Punkt 3, Ideologie: Lassen Sie uns noch einen Blick auf die Budgetanträge werfen. Hier ging es ausschliesslich ideologisch zu und her. So haben Sie beim Justizvollzug gestrichen, obwohl diese Leistungsgruppe offensichtlich chronisch unterfinanziert ist, aber auch bei der Bildung kennt Ihr Kürzen keine Grenzen. Ohne sich im Detail damit auseinanderzusetzen, wieso die Kosten steigen, kürzen Sie wild drauflos, nicht nur beim Lehrmittelverlag und der Universität, sondern auch bei der Berufsbildung. Die SVP ist halt die Partei des dualen Bildungssystems.

Lassen wir uns zum Schluss noch auf eine KEF-Erklärung zu reden kommen. Wäre das alles nicht schon genug, haben Sie es geschafft, noch dem ganzen Personal zu sagen, wie wenig es Ihnen Wert ist, ganz egal, ob in der Pflege, ob in der Bildung, ob Förster oder Kantonspolizistin, allen möchten Sie den Teuerungsausgleich halbieren und das, obwohl es beim Staatspersonal keinen Stufenanstieg gibt, und das, obwohl es beim Staatspersonal keinen Bonus gibt, und das, obwohl wir einen immensen Fachkräftemangel haben. Wie kurzsichtig ist denn das! Aber Ihnen war es ja so wichtig, dem Staatspersonal Ende Jahr noch einen kühlen Händedruck mit auf den Weg zu geben.

Zu diesem Budget für wenige anstatt für alle sagen wir laut und deutlich Nein. Wir lehnen dieses Budget ab.

Claudio Zihlmann (FDP): Die Unterlagen für die Budgetdebatte, welche wir von den Parlamentsdiensten bekommen haben, nennen sich Budget-Esel. Ich habe mich dann gefragt, ja, wieso heissen diese Unterlagen so, und wieso wurde genau der Esel als Tier ausgewählt? Darauf habe ich die Eigenschaften des Esels gegoogelt: Gemäss dem Volksmund soll der Esel faul und ziemlich stur sein. Der linken Ratshälfte mag nun die von der Finanz-Allianz geprägte Budgetdebatte ein bisschen wie ein Esel vorgekommen sein. Die Koalition aus FDP, SVP, Mitte und GLP war sehr stur und hat praktisch jeden linken Antrag abgeschmettert, zudem selber nur wenige Anträge gestellt – ziemlich faul, kann man meinen. Es lassen sich also die typischen Eigenschaften im Volksmund des Esels wiedererkennen. Doch wenn wir jetzt von der allgemeinen zu den wahren Charaktereigenschaften eines Esels hinübergehen, dann zeigt sich ein ganz anderes Bild: Der Esel ist in Tat und Wahrheit sehr gesellig, loyal und überaus neugierig. Der Esel ist auch nicht störrisch, nein, er ist ein sehr weitsichtiges und kluges Tier. So hat die FDP gemeinsam mit ihren Partnern eben – ganz im Sinne der wahren Charaktereigenschaften eines Esels – in den letzten Tagen kluge und weitsichtige Entscheidungen getroffen. Das Budget 2025 schafft nämlich mit einem soliden Überschuss die notwendige finanzielle Stabilität und gewährleistet, dass der Kanton weiterhin auf einem sehr hohen Niveau investieren kann. Investitionen werden priorisiert, damit wichtige Projekte eben umgesetzt werden können, ohne dass die Staatsverschuldung aus dem Ruder läuft. Die FDP hat dort, wo das Personalwachstum höher als das Bevölkerungswachstum ausfällt, aktiv eingegriffen. Und zu guter Letzt

wurden keine unzumutbaren Kürzungen vorgenommen, nein, sondern lediglich das überproportionale Ausgabenwachstum gebremst.

Auf der anderen Seite kann man meinen, dass mit diesem Budget die Welt zugrunde ginge. Es wurde ein No-Future-Budget moniert. No-Future ist vielmehr das, was Sie liebe Ratslinke gerne machen, das Geld mit beiden Händen auszugeben und sich immer mehr zu verschulden. Zudem haben Sie so getan, als sei die Investitionspriorisierung ein Skandal. Investitionen priorisieren, ja, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, das geschieht in jeder Gemeinde, in jedem Unternehmen und gehört zu einer sauberen Finanzplanung dazu. Ein Skandal wäre es vielmehr, wenn die Regierung eben nicht priorisierte.

Natürlich war auch die Steuervorlage 17 ein Thema, wir haben es gehört. Wir erinnern uns: Der Kanton Zürich liegt bei den Unternehmenssteuern auf dem zweitletzten Platz in der ganzen Schweiz, eine Steuerhölle für Unternehmen also. Da wurde moniert, dass die Stadt Zürich nicht wegen der tiefen Steuern die Nummer 1 im neuen Mercer-Rating (*internationales Unternehmensberatungs-Unternehmen*) sei, sondern insbesondere wegen der guten Infrastrukturbildung et cetera. Ja, ich glaube, da haben Sie wohl einen Punkt getroffen, auch wenn ich mich jetzt frage, weshalb die Grünen genau ein Ranking zu Hilfe nehmen, welches die Lebensqualität für Expats vergleicht, also genau jene Person, die sie sonst eigentlich zum Teufel jagen wollen. Zudem frage ich mich, wissen Sie denn auch, wer diese Investitionen in der Stadt Zürich erlaubt, das heisst bezahlt? Richtig, unter anderem grosse Firmen über die Gewinnsteuer, vermögende Personen – Expats –, Wohneigentümer über die Grundstückgewinnsteuer. Wollen Sie also wirklich von Ihren Feindbildern subventioniert werden? Wenn Sie also konsequent wären, liebe Ratslinke, dann nehmen Sie doch dieses Geld einfach nicht mehr an. Ich bin dann ganz gespannt, wer dann all diese Superinfrastruktur in der Stadt Zürich bezahlen wird.

Auch der ÖV war ein riesiges Thema. Mit den nun abgewiesenen KEF-Erklärungen, zum Beispiel für das Tram Affoltern, der Nordtangente und der Glattalbahn, welches durch Mitglieder aus ihren eigenen Reihen abgeschossen wurde, haben Sie den Projekten einen Bärendienst erwiesen. Ich frage mich, was jetzt die Regierung mit diesen abgelehnten Budgetanträgen und KEF-Erklärungen genau machen muss, sicher nicht das, was in Ihrem Sinne war. Zudem wurde moniert, dass die Bürgerlichen die ÖV-Projekte und demzufolge den ÖV ausbremsen möchten. Ja, da musste ich ein wenig schmunzeln. Ehrlich gesagt, wenn ich nur an all die Tempo-30-Zonen, den ganzen Spurabbau zum Beispiel hier in der Stadt Zürich oder das neue Projekt am Zürcher Hauptbahnhof denke, welches eigentlich ein No-Future-Verkehrskonzept ist, ja, genau mit solchen Massnahmen wird eben der ÖV ausgebremst.

Ich schliesse mit einem Dank, Dank an die geduldigen Medienvertreterinnen und -vertreter, die Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit da sind und die Mitarbeiter der Parlamentsdienste für die Hintergrundarbeit bei der Budgetdebatte. Ihnen allen sowie Ihnen geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Regierung, ich wünsche Ihnen erholsame Festtage, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch. Die FDP-Fraktion stimmt dem Budget zu.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Liebe Steuerzahlende, sind wir doch ehrlich, eigentlich sind alle hier Anwesenden jetzt froh, ist diese Budgetdebatte bald vorbei; gedanklich sind Sie schon in der Weihnachtspause und wollen gar nichts mehr über dieses Budget hören. Und jetzt kommen noch die Elefanten und geben auch noch ihr Törö dazu. Es tut mir sehr leid, dass Sie uns nun zuhören müssen. Ich weiss, eigentlich eine Zumutung, aber wenn Sie mir schon zuhören, dann beginne ich doch gerne mit einem herzlichen Dankeschön.

Ich danke Ihnen allen ganz herzlich, dass Sie sich zur Budgetzeit immer solche Sorgen um meine Fraktion machen. Jedes Jahr in der Budgetdebatte, es ist herzlich erwärmend, sorgen Sie sich um die Ausrichtung der Grünliberalen-Fraktion. Ich schätze das sehr, denn man macht sich ja nur Sorgen um jemanden, der einem wichtig ist. Das nehmen wir als Zeichen der Wertschätzung entgegen. Aber ich darf Sie alle beruhigen, Sie können getrost gut in die Weihnachtspause gehen, uns geht es gut, wir stehen genau da, wo wir hingehören: ins politische Zentrum.

Uns ist der Umgang mit jeglichen Ressourcen wichtig, und der schlimmste Umgang mit den Ressourcen ist jener, der verschwenderisch ist. Man muss haushälterisch, nachhaltig mit jeder Ressource umgehen, und das gilt auch für den Steuerfranken. Das ist unsere Aufgabe, die des Kantonsrates. Obwohl in den letzten sechs Sitzungen respektive drei Tagen hatte ich manchmal das Gefühl, dass hier mehr Redezeit verhandelt wird als Budget. Aber in den vielen Redezeiten – manchmal hat man für mehrere Fraktionen gesprochen oder gleich für mehrere Anträge oder dann doch noch einmal – ging es dann vergessen, dass das Budget kein Wunschkonzert ist. Es ist kein Wunschkonzert, weil man nicht einfach alles finanzieren kann, aber es ist auch kein Wunschkonzert, was man alles nicht will. Der Staat hat Aufgaben, die müssen budgetiert werden, und mit dem Geld, das uns anvertraut wird, ist haushälterisch umzugehen.

Damit möglichst viele Anliegen, die uns wichtig sind in diesem Rat, auch umgesetzt werden können, braucht es eine sorgfältige priorisierte Allokation der Ressource Steuergeld. Diese Priorisierung muss jährlich im Laufe des Jahres überprüft und angepasst werden. Die Realität ist oftmals anders, als wir es uns gewünscht hatten. Das ist für uns Grünliberale so klar wie die Interpunktion am Ende eines Satzes. Es ist aber die Aufgabe der Regierung, diese Mittel unter dem Jahr geschickt zu allozieren. Deshalb haben Sie auch ein Globalbudget. Und wenn es dann doch mal nicht reicht, dann gibt es noch Nachtragskredite. Wobei, geschätzter Herr Finanzdirektor, gerne würden wir mit Ihnen einmal über den Prozess der Nachtragskredite diskutieren. Aus unserer Sicht ist diese späte Genehmigung durch den Kantonsrat eher schwierig und wird der Wichtigkeit der eingesetzten Gelder nicht ganz gerecht.

Der Kantonsrat hat die Budgethoheit. Das ist keine mühsame Aufgabe. Es ist unsere Verantwortung. Wir müssen sicherstellen, dass die Steuergelder richtig eingesetzt werden. Ein verantwortungsvoller Umgang heisst in der Finanzpolitik eben, darauf zu achten, dass die Steuergelder haushälterisch eingesetzt werden.

So komme ich nun zum Dank an die Bevölkerung des Kantons und an die KMU. Ohne eure harte Arbeit Tag für Tag, ohne euren Einsatz im Grossen wie im Kleinen für unseren schönen Kanton und ohne eure Steuern wäre in diesem Kanton nichts möglich, nicht einmal diese Budgetdebatte. Wie jedes Jahr haben wir Grünliberale unsere Verantwortung wahrgenommen und sorgsam jede Leistungsgruppe geprüft. Wir haben uns eingebracht, aus dem politischen Zentrum heraus Mehrheiten geschaffen: habemus Budget, oder aus unserer Sicht: habemus grünliberales Budget.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Das Budget, das uns die Regierung vorgelegt hat und die FIKO durchberaten hat, dieses Budget ist formell betrachtet korrekt; es hat keine groben Fehler drin und in jedem Verein im Kanton Zürich würde man ein solches Budget ohne Diskussion einfach durchwinken. Warum also dauert die Festlegung im Kanton Zürich immer wieder drei Tage? Budget und KEF sind der Ort, wo man Signale setzt, wie es in unserem Kanton weitergehen soll, wo man Schwerpunkte setzt und sagt, was in unserer Zukunft besonders wichtig sein wird, wo man der Bevölkerung mitteilt, in diese Richtung wollen wir uns im Kanton Zürich weiterentwickeln. Doch mehr als in den vergangenen Jahren mussten wir das dieses Jahr im Kantonsrat sagen, weil die Regierungsmehrheit aus SVP, Bürgerlichen und einem Parteilosen nicht mehr weiss, wohin sie in Zukunft mit diesem Kanton gehen möchte. Ihr Hauptziel ist es, die Unternehmenssteuer für Grossunternehmen um einen Prozentpunkt zu senken. Deshalb schiebt sie unzählige, für die Bevölkerung wichtigste Investitionen auf die lange Bank. Wir sind noch nicht einmal in der Halbzeit der Legislatur, und schon schiebt die Regierung die Verantwortung an die nächste Regierung ab, die vor einem Berg von unerledigten Aufgaben stehen wird. Und die Spar-Allianz aus FDP, SVP, Mitte und teilweise GLP applaudiert dazu. So also geht die Finanzpolitik der berühmten roten Null. Um ein Defizit zu vermeiden, schiebt man die Kosten einfach auf die Bevölkerung ab und an die Umwelt weiter. Sowohl SVP, FDP, Mitte und teilweise auch die GLP sparen deshalb bei den Investitionen in Schulbauten, in den ÖV, in den Velo- und Fussverkehr und beim Naturschutz, und für Klimamassnahmen will man auch keinen einzigen Franken zusätzlich springen lassen, und dies, obwohl der globale Temperaturanstieg im 2024 erstmal die 1,5-Grad-Grenze überschritten hat und es in keinem Jahr in Europa so viele Extremwetterereignisse gegeben hat wie in diesem Jahr.

In Norwegen tritt in zwei Wochen das Verbot für neue Verbrenner-Autos in Kraft, und wir im Kanton Zürich reiben uns immer noch die Augen, dass Klimaschutz den Staat und die Gesellschaft etwas kostet. Dabei ist der dringende Ausstieg aus den fossilen Energieträgern eine Riesenaufgabe, die man Schritt für Schritt und zügig angehen muss, nur merkt man in diesem Budget davon überhaupt nichts. Regierung und die Mehrheit des Kantonsrates spielen immer noch Erdölzeitalter. Dabei ist die Klimakrise längst angebrochen. Darum sagen wir Grüne, dies ist nicht unser Budget! Dies ist ein No-Future-Budget, ein Budget, das sich vor den drängendsten Aufgaben unserer Zeit drücken will. Darum sagen wir Grüne Nein und lehnen es ab. Wir lehnen das Budget ab, damit die Regierung merkt, dass das

Erdölzeitalter vorbei ist. Wir lehnen es aber auch ab, damit Sie von der rechten und bürgerlichen Ratsseite endlich sehen, dass Klima- und Biodiversitätsmassnahmen nicht durch die unsichtbare Hand des Marktes entstehen, auch nicht dadurch, dass wir die Unternehmenssteuer senken, sondern dass wir Geld und Willen dafür aufbringen müssen und dass wir die Lösung miteinander aushandeln müssen. Sie müssen gesellschaftsverträglich sein, die Lösungen, und wirtschaftsverträglich, mit dem Ziel, die Lebensqualität der Menschen im Kanton Zürich zu erhalten und unsere natürliche Umwelt zu sichern. Dafür brauchen wir einen zweckmässig ausgerüsteten Staat mit motivierten Angestellten. Und das erreichen wir ganz sicher nicht dadurch, dass die bürgerliche Allianz den Teuerungsausgleich kürzt. Für die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft braucht es Forschung und Innovation. Dem sind wir bestimmt nicht dienlich, wenn wir bei Uni und ZHAW die Gelder kürzen und bei den Berufsbildungszentren und dem Gymnasium die Investitionen aufschieben. Und angesichts der immer häufigeren Extremwetterereignisse tut man sicher gar nichts für die Bevölkerung, wenn man weiterhin beim Hochwasserschutz «schmürzelet».

Die bürgerliche Finanzpolitik der roten Null ist konservativ. Sie behindert den Fortschritt, sie bremst die dringende und gesellschaftliche, wirtschaftliche Transformation hin zu einem klimaneutralen und biodiversitätsfreundlichen Kanton Zürich. Bei dieser Blockade machen wir Grüne nicht mit. Wir lehnen ab.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Das Glas ist halbvoll, das Glas ist nicht halb-leer, nein, es ist sogar viel mehr als halbvoll. Man muss es nur sehen wollen. Es ist eine Frage der Perspektive und es ist auch eine Frage des Willens. Es wurde während der Debatte von links viel geklagt und gejammert, statt sich daran zu erfreuen, was wir alles haben und wie gut es uns eigentlich geht. Natürlich gibt es Verbesserungspotenzial, und wir müssen das, was nicht so gut funktioniert, weiterentwickeln. Aber dies soll auf eine konstruktive und lösungsorientierte Weise geschehen. Lautes Gejammer bringt uns als Gesellschaft nicht weiter. Dies trifft auch auf unsere Finanzen zu.

Die Steuererträge sind stabil und auch die zukünftige Steuerertragslage sieht positiv aus. Gemäss Prognosen werden auch in den kommenden Jahren höhere Steuererträge erwartet. Nichtsdestotrotz soll uns die gute Ausgangslage nicht davon entbinden, achtsam und bedacht mit unseren finanziellen Ressourcen umzugehen, denn auch auf der Aufwandsseite ist ein Wachstum prognostiziert. In den kommenden 4 Jahren sind Investitionen von 5,1 Milliarden geplant. Im gleichen Zeitraum wird der Kanton voraussichtlich 1,5 Milliarden mehr ausgeben als er einnimmt. Dies wird über Kredite finanziert werden müssen. Dadurch steigt die Verschuldung. Deshalb braucht es eine vorausschauende Finanzpolitik, welche eine langfristige Stabilität gewährleistet. Übermässige Schulden sind zu vermeiden, und die verfügbaren Ressourcen sind effizient einzusetzen. Betreffend Investitionen heisst es, dass diese entsprechend zu steuern und zu priorisieren sind. Es gilt wirklich, notwendige Projekte voranzutreiben und Projekte, die weniger dringlich sind, hintenanzustellen, dies um die Verschuldung nicht ins Unendliche zu trei-

ben. Der Aufschrei von links betreffend Priorisierungsliste ist nicht nachvollziehbar. Aufgrund gewisser Voten erhält man gar den Eindruck, dass in naher Zukunft gar keine Investitionen mehr getätigt werden sollen. Diesbezüglich wurde viel dramatisiert und übertrieben. Hand aufs Herz: Erfüllen Sie sich privat auch jeden Wunsch, und zwar dies sofort? Und nehmen Sie dafür unbedacht Schulden auf? Wohl kaum. Auch Sie werden Prioritäten setzen, um die eine oder andere Anschaffung nicht sofort, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt tätigen. Dies gehört zu einer klugen Haushaltsführung. So ist es auch auf die Aufgabe einer verantwortungsvollen Regierung, mit der Priorisierung sicherzustellen, dass die dringenden und wichtigsten Vorhaben zuerst umgesetzt werden. Dies ist wichtig, um die begrenzten Ressourcen, Zeit, Geld und Personal adäquat und effizient einzusetzen. Die Gesamtbetrachtung der Investitionen und eine zeitliche Staffelung werden von der Mitte begrüsst. Dass die geplanten Projekte alle regelmässig angeschaut werden und je nach der finanziellen Situation des Kantons vorgezogen oder zurückgestellt werden, macht Sinn. Für uns stellte sich eher die Frage nicht, ob, sondern warum erst jetzt eine solche Priorisierung vorgenommen wurde. Die Mitte setzt sich seit jeher dafür ein, dass die Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht bleiben.

Wir befolgen zwei Leitplanken: Erstens, klare Budgetdisziplin, und zweitens, einen haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern. Deshalb wollen wir auch das Ausgabenwachstum, das sich zum Beispiel mit überproportionalem Stellenwachstum zeigt, entsprechend eindämmen. Dass es mehr personelle Ressourcen braucht, weil unser Kanton immer mehr Bewohner hat beziehungsweise neue Aufgaben übernimmt, das stellen wir grundsätzlich nicht infrage, doch dürfen der Aufwand und das personelle Wachstum nicht überproportional ausfallen. Die Mitte macht eine Politik mit Kopf und Herz und setzt sich für das Volk und die Bevölkerung ein. Mit einem Blick nach links und einem Blick nach rechts möchte ich sagen: Raus aus der Polarisierung. Wir brauchen keine Politik, die ideologische Prinzipien über alles stellt. Stattdessen brauchen wir pragmatische und mehrheitsfähige Lösungen. Dafür müssen Kompromisse geschmiedet werden, und die Mitte steht bereit, um bei der Kompromissfindung mitzuwirken.

Die Mitte setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Kanton Zürich ein attraktiver Standort ist und das auch bleibt. Wir stehen ein für Eigenverantwortung, setzen uns aber gleichzeitig dafür ein, dass die schwächeren Menschen in unserer Gesellschaft entsprechend unterstützt werden. Sie sollen jedoch nicht vom Staat abhängig gemacht werden. Es soll, ja, es muss so weit wie möglich eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Auch unsere Wirtschaft muss weiterhin gut funktionieren können. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen. Übermässige Regulierung und zu hohe Steuerbelastung wirken sich negativ aus. Im Zusammenhang mit der Steuersenkung wird von links stets das Mantra bemüht, dass diese nur den Reichsten und Grosskonzernen dienen würde. Doch diese Behauptung greift viel zu kurz: Erstens profitieren von Steuersenkungen auch kleinere und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen sichern. Gerade Sie erhalten durch tiefere Steuerbelastungen mehr

finanziellen Spielraum, um zu investieren, zu wachsen und Innovationen voranzutreiben. Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft werden negative Konsequenzen für unseren Kanton haben. Unsere Unternehmen mit den Arbeitsplätzen zahlen Löhne und bemühen sich um Arbeitskräfte. Wir haben einen Arbeitnehmermarkt.

Dass von links das Budget abgelehnt wird, ist gänzlich unverständlich. Sie üben sich weiterhin in Schwarzmalerei und im Mangeldenken. Ich gebe Ihnen den Rat, machen Sie die Augen auf und fokussieren Sie sich auf das gutgefüllte Glas. Wir leben in einem der besten Länder dieser Welt. Wir verfügen über eine sehr gute Infrastruktur. Ein Blick auf das Weltgeschehen genügt, um zu sehen, wie gut es wir haben. Das gilt es anzuerkennen und dankbar zu sein, statt in ständigem Pessimismus zu verharren. Die Mitte stimmt dem Budget 2025 zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Nun geht also auch diese Budgetdebatte ihrem Ende entgegen, und das ist gut so. Zeitweise ging es mir ähnlich wie unserem Finanzdirektor. Ich fragte mich, ob wir hier nicht fast in einer Märlistunde sind. Wie jedes Jahr kam das Märli vom hartarbeitenden Arbeiter, der geschützt werden müsse, damit ihm der Staat nicht zu viel Steuern abknöpft. Fakt ist, wer heute viel Vermögen hat und viel Steuern zahlt, ist kein Büezer, sondern hat geerbt, spekuliert oder hat Immobilien. Oder dann das Märli, wenn wir nur genügend genau zählen, wie viele Elektrofahrzeuge im Kanton Zürich herumfahren, wird das Weltklima gerettet. Fakt ist: Elektrofahrzeuge sind fürs Klima deutlich weniger schädlich als Verbrenner, ganz egal, ob man sie zählt oder nicht. Und dann gab es noch das Geschichtli von den Löhnen für Gerichtsschreiber, die erhöht werden würden, wenn die Gerichte gesamthaft alle Anstellungsbedingungen verbessern würden, so nach dem Motto, «lieber in die Malediven fliegen als mehr Lohn kriegen». Tönt unlogisch. Ganz ehrlich, ich habe den Sinn dieser Aussage nicht verstanden. Fakt ist: Die Allianz der tapferen Steuersenker weigert sich den Gerichtsschreibern marktgerechte Löhne zu zahlen, und kein noch so dämliches Argument war Ihnen zu schade, um es als Rechtfertigung vorzubringen.

Ein weiteres Märli: Die Medien berichteten, dass SVP, EDU, FDP, Mitte und GLP beschlossen haben, dass die Mitarbeitenden des Kantons nur noch einen halben Teuerungsausgleich erhalten werden. Fakt ist: Die Allianz der taffen Steuersenker hat eine KEF-Erklärung abgegeben. Das ist wie eine Absichtserklärung, ohne dass man dafür Verantwortung übernehmen muss. Ich bin sicher, der Regierungsrat ist da wesentlich besonnener und vernünftiger und weiss, welchen Wert seine Mitarbeitenden für unseren Kanton haben.

Und noch ein anderes Märli: Wenn wir die Steuern senken, ziehen wir grosse Unternehmen an, wenn wir die Steuern nicht senken, ziehen die grossen Unternehmen weg vom Kanton Zürich. Fakt ist: Gerade in diesen Tagen wurde bekannt, dass OpenAI eine Niederlassung in Zürich eröffnen wird und Starlab Space zieht demnächst nach Dübendorf. Aus irgendeinem Grund wollten beide Firmen weder nach Zug noch nach Freienbach, und auch das ist gut so.

Dann noch dieses Geschichtli, das jedes Jahr wiederkommt: Gymnasien, Hochschulen und Berufsschulen müssen mit mehr Schülern und Studierenden unterrichten, bekommen aber nicht im gleichen Mass mehr Geld, weil sie das nicht nötig hätten. Fakt ist: Wenn ein Kind wächst und keine grösseren Hosen bekommt, steht es irgendwann mit abgesägten Hosen da. Und so wird es dereinst auch unseren Bildungseinrichtungen gehen.

Dann ist da noch die Geschichte mit dem Tram Affoltern. Das sei nur ein verkapptes Strassenprojekt. Deshalb wird es von den Grünen zu Fall gebracht. Die MIV-Freunde freut's, ohne Tram bleibt mehr Platz fürs Auto. Man könnte jetzt eigentlich die Strasse auf vier Spuren ausbauen, wenn der Regierungsrat dann dereinst einmal wieder bauen will.

Und zum Schluss noch das alljährliche Märli über die Wirkung unserer Budgetdebatte. Nach 15 Stunden Beratung haben wir das Budget um ein knappes halbes Prozent verändert. Die 50 Millionen im Reptilienfonds (*Leistungsgruppe 4950*) können wir ja mal weglassen. Die einen finden, mit diesem Budget haben wir den Kanton Zürich vor dem Sturz in den Abgrund gerettet, die anderen finden, mit diesem Budget wird der Kanton in ebendiesem Abgrund gestossen. Für unsere Fraktion ist das Budget zu 99 Prozent vernünftig und als – Achtung jetzt kommt ein Wortspiel – eine vernünftige Partei, EVP, werden wir dem Budget zustimmen. (*Heiterkeit*) Nun ist also fertig mit der Märli-Stunde, und das ist gut so.

In wenigen Tagen feiern wir Weihnachten. Das Geschehen rund um dieses Fest ist alles andere als ein Märchen. Seit bald 2000 Jahre erinnert es die Menschen daran, dass Frieden mit Gott und Frieden unter den Menschen möglich sein kann. Wie schön wäre es, wenn wir dies im nächsten Jahr auch erleben dürfen. Ich wünsche uns allen, dass wir dieses Fest geniessen können mit Menschen, die uns lieb sind, und mit Menschen, die uns brauchen. In diesem Sinne wünscht die EVP-Fraktion uns allen frohe Festtage und ein friedvolles 2025.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Ich habe in unserer Fraktion eine kleine Umfrage gemacht und gefragt, was zur eben abgeschlossenen Budgetdebatte spontan einfällt. Die Bandbreite der Antworten reicht von ironisch-spöttisch bis hässig. Einem Mitglied fällt als erstes der SVP-Tanzsaal ein, indem wir Weisswein und Bier getrunken und heisse Würstchen gegessen haben (*Verpflegung zwischen zwei Ratssitzungen*). Es sei der einzige Arbeitsplatz, an dem getrunken werden dürfe, und dies erst noch auf Kosten des Arbeitgebers, spricht des Kantons. Die hässigen Stimmen beklagen die Sparwut der Bürgerlichen, die vor allem Kantonsangestellte trifft. Das Zeichen, das mit der Halbierung des Teuerungsausgleichs ausgesendet werde, sei widersprüchlich und mache einfach nur hässig. So haben wir vor einiger Zeit die Umsetzung der Pflegeinitiative beschlossen, und die bürgerliche Spar-Allianz halbiert, ohne mit der Wimper zu zucken, die Teuerungszulagen für die nächsten Jahre. Die Schulen stellen unausgebildetes Personal ein, weil wir keine ausgebildeten Lehrpersonen mehr finden, und die bürgerliche Spar-Allianz halbiert den Teuerungsausgleich für die nächsten Jahre. Die bürgerliche

Spar-Allianz spart bei der Berufsbildung, der Uni, den Fachhochschulen, den Gefängnissen und beim Personal und lehnt die berechtigte Erhöhung der Löhne der Gerichtsschreibenden ab. Gespart wird also hauptsächlich bei den Menschen.

Die diesjährige Budgetdebatte zeichnet sich, neben der obligaten Pauschalkürzung, durch ein offensichtliches Eichhörnchen-Verhalten der bürgerlichen Spar-Allianz aus: Hier ein verstecktes Nüsschen ausgraben, dort ein anderes hervorgrübeln. Ziel dieser Suche war es, auf Teufel komm raus so viele Millionen Franken auszugraben, damit im nächsten Jahr genug Millionen Franken zusammenkommen, um eine weitere Steuerfussenkung durchzupeitschen. Mir scheint, dass der einseitige Blick auf Steuersenkungen, vor allem auch für Unternehmen, die Sicht auf das eigene Verhalten schon etwas vernebelt. Da reicht man einerseits weitere steuersenkende Vorstösse ein, bestellt andererseits aber auch immer mehr von der Verwaltung und verursacht Ausgaben. Wie sagte es doch Regierungsrätin Jacqueline Fehr am vergangenen Dienstagabend so schön: Die Widersprüchlichkeit gehört zum Charme der Politik.

Aus Sicht der Alternativen Liste sind wir froh, dass der Angriff der FDP auf die freie Kultur gescheitert ist. Froh sind wir auch, dass der unbeholfene Angriff der GLP auf die Löhne der Opernhaus-Angestellten gescheitert ist. Hässig macht uns die von der Spar-Allianz überwiesene KEF-Erklärung, die den Kantonsangestellten in den nächsten Jahren nur den halben Teuerungsausgleich zahlen will. Hässig macht uns der weitere Angriff auf den gut funktionierenden Lehrmittelverlag durch die Spar-Allianz, obwohl man weiss, dass die privaten Lehrmittelanbieter massiv teurer sind. Aber eben, die Gewinne den Privaten, die Verluste dem Staat. Besonders wüst ist die Verschlechterung bei den Gefängnissen. Es sind 4 Millionen Franken Einsparungen auf dem Buckel von Justizangestellten und von den künftigen Entlassenen aus den Gefängnissen. Hässig macht auch die Stellenkürzung beim statistischen Amt, das bei der Datenaufbereitung für die wirkungsvolle Umsetzung der Istanbul-Konvention (*Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*) eine wichtige Rolle spielt.

Erfreut sind wir über einige KEF-Erklärungen, die an den Regierungsrat überwiesen wurden. So soll der Veloverkehr gesteigert und der ÖV-Anteil erhöht werden. Nicht nur unglücklich ist ein Teil unserer Fraktion, dass die KEF-Erklärungen zum Tram Affoltern und der Nordtangente nicht überwiesen wurden. Bei genauerer Betrachtung zeigen sie, dass es sehr teure und technokratische Infrastrukturbauten mit sehr schlechten Linienführungen sind.

Alles in allem lehnt die Alternative Liste dieses durch die Spar-Allianz verschlechterte Budget ab. Es ist zu angestelltenfeindlich, zu bieder, zu fantasielos, zu klimafeindlich und es ist zu offensichtlich, dass es einzig und allein darum geht, im nächsten Jahr den Steuerfuss senken zu können. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Detailberatung
Titel und Ingress*

I. Das Budget für das Rechnungsjahr 2025 wird wie folgt festgelegt:

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung:	Ertragsüberschuss von	Fr. 180'347'464
Investitionsrechnung:	Investitionsüberschuss von	Fr. 1'308'418'670

II., III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung über das Budget 2025

Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5978b zuzustimmen.

II., III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Kenntnisnahme KEF 2025–2028

Ratspräsident Jürg Sulser: Sie haben den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2025-2028 zur Kenntnis genommen.

Von den ursprünglichen 47 KEF-Erklärungen haben wir 23 überwiesen, nämlich: 1, 9, 12, 17, 18, 21, 23, 26, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44 und 45.

Nicht überweisen wurden 23 KEF-Erklärungen, nämlich: 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 13, 14, 15, 15, 19, 20, 22, 24, 25, 27, 28a, 28b, 29, 36, 46 und 47.

Wir hatten einen Rückzug, die Nummer 2.

Das Geschäft ist erledigt.

Regierungsrat Ernst Stocker: Weil ich der Letzte bin, der noch hier ist, darf ich im Namen der Regierung – ich wurde beauftragt – Ihnen und Ihren Lieben schöne Adventstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. Packen wir das neue Jahr 2025 gemeinsam an, um die Geschäfte des Kantons Zürich unter Dach und Fach zu bringen. Wir sind hier in Charge, um Lösungen zu finden für diesen Kanton. Ich freue mich auf diese Auseinandersetzung und bin überzeugt, dass unsere demokratischen Instrumente funktionieren, dass wir auch im neuen Jahr gute Lösungen für unseren schönen Kanton hervorbringen. Ich wünsche allen einen schönen Abend. (*Applaus*)

Ratspräsident Jürg Sulser: Ich möchte Ihnen meinerseits recht herzlich danken. Ich hoffe, Sie waren mit meiner Sitzungsführung zufrieden. Ich war mit Ihnen

sehr zufrieden, sie waren sehr diszipliniert. Mein Ziel war heute, um 18 Uhr spätestens fertig zu sein. Jetzt sind wir fast eine Stunde zu schnell, aber ich glaube, Sie sind mir deswegen nicht böse, ich Ihnen auch nicht.

Ich wünsche Ihnen schöne Festtage. Geniessen Sie die erholungsfreie Zeit (*Heiterkeit*), ohne politische Auseinandersetzungen, wollte ich natürlich sagen. Ich erwarte Sie am 13.1. wieder hier zur ersten Ratssitzung. Ich hoffe, dass Sie alle dann gesund und munter hier sind. Und noch eine kleine Bitte: Sie haben einander sicher noch viel zu erklären. Machen Sie das bitte draussen. (*Applaus*)